

# Was heute schon machbar ist: Ein Impuls für die deutsche Volkswirtschaft

## Positionspapier von HWWA, DIW und IW

1) Die Lage am deutschen Arbeitsmarkt bleibt dramatisch. Die geänderte Erfassung der Arbeitslosigkeit infolge der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige stellt das Problem ehrlicher dar als zuvor, ohne dass sich dadurch allerdings die Fakten geändert hätten. Unverändert gilt: Der Reformbedarf ist groß und drängend. Er muss zielgerichtet, hartnäckig und konsequent, aber ohne Hektik angegangen werden.

2) Die Politik bewegt sich derzeit zwischen zwei Übeln: Auf der einen Seite droht mit Blick auf die Bundestagswahl 2006 ein Stillstand in den Reformbemühungen. Grundlegende Veränderungen und weitreichende Strukturreformen haben - das signalisieren beide politische Lager - in diesem Umfeld keine Chance. Das können wir uns nicht leisten. Auf der anderen Seite erwartet die Öffentlichkeit, dass die Regierung agiert. In der Bundesregierung wächst deshalb die Neigung, mit kurzfristigen konjunkturellen Maßnahmen Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Die Massenarbeitslosigkeit ist jedoch kein konjunkturelles Phänomen. Sie ist ein vorwiegend strukturelles Problem geworden. Deshalb bedarf es einer langfristigen Ursachen- und keiner kurzfristigen Symptomtherapie. Dabei müssen Angebots- wie Nachfragefaktoren beachtet werden.

3) Deutschland hat spät mit Reformen begonnen. Erste Maßnahmen bei den sozialen Sicherungssystemen und auf dem Arbeitsmarkt, die Reform der Ladenöffnungszeiten und der Handwerksordnung waren richtige Schritte. Aber sie reichen nicht. Andere Länder haben erfolgreich vorgemacht, wie es weiter geht. Das gilt nicht nur für die angelsächsischen Länder, sondern auch für Skandinavien. Wenn wir also nicht weiter zurückfallen wollen, darf es deshalb keine Verzögerungen in der Reformpolitik geben. Die verantwortlichen politischen Kräfte in Regierung und Opposition, in Bund, Ländern und Kommunen dürfen sich nicht aus (wahl-)taktischem Kalkül im Nichtstun einrichten. Ebenso ist vor kurzfristigen Fehlhandlungen zu warnen, die langfristig nichts bringen, falsche Hoffnungen wecken und neue Enttäuschungen vorprogrammieren.

4) Als Ökonomen mit Beratungsauftrag sehen wir unsere Verantwortung darin, Politik und Gesellschaft realistische Ansatzpunkte für die Vermeidung des drohenden Reformstillstands aufzuzeigen. Niemand hat die Zauberformel und es gibt keine auf Knopfdruck kurzfristig wirksamen Rezepte. Aber weitere konkrete Schritte sind möglich, die in ein langfristiges Konzept zur Wiedergewinnung von Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und der Erhöhung des Wohlstandes für alle passen. Sie müssen jetzt gegangen werden. Wirken werden sie zwar erst später. Sie senden jedoch schon heute das Signal aus, dass die Politik einen richtigen Kurs stetig und verlässlich fortsetzt. Das verschafft ihr Glaubwürdigkeit. Unternehmer werden das Vertrauen finden, wieder in Deutschland zu investieren. Verbraucher werden wieder eher konsumieren, statt vor Angst um die Zukunft zu sparen. Davon profitiert die Binnennachfrage mehr als von jedem kurzfristigen Programm zur Ankurbelung der Konjunktur. Dessen ungeachtet ist die Politik in der Pflicht, für die großen Strukturreformen - der Besteuerung, des Gesundheitssystems, der bundesstaatlichen Ordnung, der Staatsaufgaben und der Modernisierung unserer Zukunftsmärkte - Konzeptionen zu entwickeln und umzusetzen. Wir sind allerdings realistisch genug zu wissen, dass dies nicht auf die Schnelle geschehen kann.

5) Um den Reformmotor im Gang zu halten, schlagen wir deshalb ein Drei-Punkte-Programm vor, das bereits zum 1. Juli 2005 umgesetzt werden kann. Es verbessert die Wachstumsbedingungen der deutschen Volkswirtschaft. Es stärkt die gesamtwirtschaftliche Dynamik. Es erleichtert die noch zu leistenden künftigen Strukturreformen.

- **5.1** Um die Anreize für neue Arbeitsplätze und mehr beschäftigungsintensive Investitionen zu verbessern, wird der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 1 Prozentpunkt gesenkt. Dadurch



wird eine spürbare Reduzierung der Personalzusatzkosten der Unternehmen erreicht. Gleichzeitig wird der Solidaritätszuschlag abgeschafft, wodurch alle Einkommen merklich entlastet werden. Die Summe der Entlastungen beträgt jährlich rund 18 Milliarden Euro, die zumindest kurzfristig nicht durch Ausgabenenkungen gegenfinanziert werden können. Deshalb sollte der Normsatz in der Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte angehoben werden. Freilich ist sicherzustellen, dass die Mehreinnahmen in diesem Fall voll dem Bund zufließen, der auch die Entlastung voll zu tragen hat. Bei der Anhebung des Normsatzes in der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 1999 für einen höheren Bundeszuschuss zur Gesetzlichen Rentenversicherung ist bereits einmal so verfahren worden. Die Länder können nun zeigen, wie ernst sie ihre gesamtstaatliche Verantwortung nehmen. Die Gegenfinanzierung durch die Mehrwertsteuer ist zweckmäßig, um in einem ersten Schritt die Sonderlasten der Arbeitslosenversicherung aus der Wiedervereinigung zu reduzieren. Darüber hinaus ist vor allem die Nachfrage nach den von Arbeitslosigkeit besonders bedrohten Arbeitnehmern mit geringer Qualifikation zu stärken. Dabei ist an verschiedene Wege zu denken: an einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Güter und Dienstleistungen, die mit einem hohen Anteil an geringqualifizierter Arbeit erstellt werden; an eine Pauschalierung der Sozialbeiträge für geringqualifizierte Tätigkeiten; an einen systematisch gestalteten Niedriglohnsektor.

- **5.2** Der Arbeitsmarkt bedarf weiterer Flexibilisierungen, um auch auf Seiten der Arbeitsnachfrage die Voraussetzung für mehr Beschäftigung zu schaffen. Wir schlagen in einem ersten Schritt vor, die freizügigen Befristungsregeln, die das Teilzeit- und Befristungsgesetz für Arbeitnehmer ab 52 Jahre vorsieht (beliebige Befristung ohne Sachgrund) für alle Arbeitsverhältnisse zu öffnen. Eine zunächst zeitliche Befristung dieser Regelung auf 5 Jahre verbunden mit einer gleichzeitigen wissenschaftlichen Erfolgskontrolle könnte die Maßnahme politisch tragfähig machen. Mittelfristig wäre zu prüfen, ob der Kündigungsschutz in Verträgen optional durch eine Abfindungsregelung ersetzt werden kann. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen sich bei der Einstellung einvernehmlich auf verbindlich festgeschriebene Abfindungen nach der Kündigung einigen können. Arbeitgebern wird es auf diese Weise ermöglicht, betriebsbedingt zu kündigen, ohne auf soziale Auswahlkriterien Rücksicht nehmen zu müssen. Die Abfindung erübrigt auch die soziale Notwendigkeit der Arbeitslosenversicherung in der heutigen Form, die Abfindung sollte daher auch gegenüber sonstigen Einkünften steuerlich begünstigt werden. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung könnten dann nachhaltig gesenkt werden. Der Arbeitgeber hat deshalb geringere Arbeitskosten, wird aber bei einer Trennung in die finanzielle Verantwortung genommen. Für den Arbeitnehmer bleibt letztlich netto mehr übrig.
- **5.3** Deutschland muss seine Innovationskraft stärken. Die richtige langfristige industriepolitische Strategie ist eine aktivierende Wettbewerbspolitik, die konsequent auf innovative Netzwerke setzt. Doch auch kurzfristig kann und muss im Interesse von mehr Beschäftigung gehandelt werden. Erforderlich ist ein Abbau von Regulierungen. Die Bundesregierung ist in der Pflicht, umgehend die Entbürokratisierung der potenziellen Zukunftsmärkte einzuleiten, statt - wie derzeit zu beobachten - auf das Gegenteil hinzuwirken. Das diskutierte Antidiskriminierungsgesetz ist nur eines von vielen Beispielen dafür, dass Deutschland in seinem Bürokratisierungs- und Regulierungsdrang ohne Not über das europäische Recht hinauschießen will. Das gilt - mit besonders gravierenden Folgen - auch für die Erforschung und Nutzung neuer Technologien. Nur die Wirtschaftsnationen, die sich rechtzeitig richtig bewegen, können in den Schlüsselsektoren der Zukunft auf Massenbeschäftigung hoffen. Es steht deshalb in eklatantem Widerspruch zu dem erklärten Ziel der Förderung von Innovationen, zuerst mit erheblichen öffentlichen Mitteln neue Forschungsfelder im Bereich der Gen-, Bio-, Nano- und Lasertechnologie zu erschließen, dann aber die wirtschaftliche Nutzung durch Regulierungen, Vorschriften und Auflagen, die weit über das international übliche Maß hinausgehen, zu blockieren. Wenn ideologisch motivierte Regulierungen hier zu Bremsfaktoren werden, werden Beschäftigungschancen leichtfertig vertan. Ein Beispiel dafür ist die zuletzt geplante Förderung bestimmter Forschungsprojekte, die dann durch das Verbraucherschutzministerium blockiert wurden. Hier bedarf es keiner zusätzlichen Mittel, sondern der Bereitschaft, die Chancen auch angesichts von Risiken positiv zu sehen. Deutschland ist auf den Markt der Zukunftstechnologie zwingend angewiesen, um sich neue Perspektiven zu erarbeiten.

6) Die Politik steht deshalb in der Verantwortung, sich über die Parteigrenzen hinaus in einen konstruktiven Dialog über die nächsten Reformschritte zu begeben. Es bleibt keine Zeit mehr für taktische Ausflüchte. Wir haben es in der Hand, Deutschland wieder zu einem wachstumsstarken Land mit Massenbeschäftigung zu machen. Es ist falsch, aus den unterlassenen Investitionen der Vergangenheit abzuleiten, dass auch auf weitere Sicht kaum mehr als Stagnation für Deutschland möglich sei. Unser Land hat sich in den vergangenen anderthalb Jahren spürbar nach vorne bewegt, Dies gilt für die Wirtschaftspolitik und für die Tarifvertragsparteien. Diese Anstrengungen dürfen nicht versiegen. Weitere Zeichen der Entschlossenheit zum Aufbruch werden jetzt gebraucht. Dann wird sich auch die Stimmung in Deutschland wieder ins Positive wenden.

Nach: Positionspapier von HWWA, DIW und IW vom 11.03.2005

*Der Originaltext kann von der folgenden Internetseite abgerufen werden:*

[http://www.iwkoeln.de/data/pdf/content/st0305\\_positionspapier.pdf](http://www.iwkoeln.de/data/pdf/content/st0305_positionspapier.pdf)

*Bitte berücksichtigen Sie, dass ältere Links evtl. keine Verbindung mehr zu den angegebenen Seiten herstellen.*

